

1. Gipfelbeschlüsse verleihen europäischem Einigungsprozess Schub

Die Staats- und Regierungschefs haben mit den Gipfelbeschlüssen den Weg aufgezeigt, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu vermeiden. Gleichzeitig haben sie das Tor zur vertieften politischen Integration weit aufgestoßen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die deutsch-französische Partnerschaft, die diesen Durchbruch ermöglicht hat. Mit dem fiskalpolitischen Pakt, der bis März 2012 ausgearbeitet wird, entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan Eingriffen der Vertragsgemeinschaft. Dabei handelt es sich weniger um „Strafen“ als um nationale Reformpflichten, die die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren – und damit gleichermaßen im Gemeinschafts- wie im Nationalinteresse liegen. Nicht nur die Regierungen der 17 Euro-, sondern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zeigen sich zum fiskalpolitischen Pakt bereit – bedauerlicherweise mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs. In den kommenden drei Monaten kommt es vor allem auch darauf an, die Unterstützung der nationalen Parlamente zu gewinnen. Für uns im Deutschen Bundestag besteht zunächst kein unmittelbarer Entscheidungsbedarf. Wir haben die jetzt in Brüssel vereinbarte Schuldenbremse bereits im Grundgesetz verankert, den Haftungsrahmen des Bundeshaushalts abgesteckt und das Instrumentarium des Euro-Rettungsschirms EFSF gebilligt. Es ist jedoch absehbar, dass wir im ersten Quartal 2012 Beschlüsse zum Vorziehen des permanenten Rettungsschirms ESM und zum fiskalpolitischen Pakt in seiner abschließenden Fassung treffen werden.

2. Durban war ein großer Erfolg für den Klimaschutz

Was lange währt, wird endlich gut. Dies gilt auch für die Weltklimakonferenz in Durban. Hier wurde nach einem wahren Verhandlungsmarathon der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten dieser Erde – erstmals ohne Ausnahme – geebnet: Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen ausgehandelt, das im Jahr 2020 wirksam werden soll. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen. Dies gelang durch ein Bündnis zwischen EU, den am schwächsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten. Weiterhin soll es einen Aktionsplan für mehr Klimaschutz geben, um bis zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens die CO₂-Minderungsmaßnahmen der Staaten zu erhöhen. Auch die Arbeitsfähigkeit des internationalen Klimafonds zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wurde in Durban beschlossen. Zu dem vereinbarten Paket gehört außerdem die Schaffung von Strukturen für ein Komitee zur Klimaanpassung und ein internationales Netzwerk für Technologiekooperation. Das Momentum von Durban muss jetzt genutzt werden, damit bis 2015 ein umfassendes Klimaschutzabkommen mit klaren, weltweit geltenden Reduktionszielen steht.

3. Außergerichtliche Konfliktbeilegung stärken, Gerichte entlasten

Aktuell wurde das Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung beschlossen. Das Gesetz sieht eine umfassende Regelung der Mediation vor, um Möglichkeiten der außergerichtlichen Konfliktbeilegung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung und der Rechtsberufe zu verankern und dadurch den Rechtsfrieden zu fördern sowie staatliche Gerichte zu entlasten. Bislang sind die verschiedenen Formen der Mediation weitgehend unregelt. Vorgesehen sind Regelungen zur Förderung der außergerichtlichen, gerichtsnahen und gerichtlichen Mediation.

4. Afghanistan – Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen

Aktuell wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten. Im Antrag der Bundesregierung wird eine Senkung der Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten angestrebt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form

an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses wollen wir die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduzieren. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Unser Engagement ist mit klaren Erwartungen an unsere afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Uns ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten hier Fortschritte, damit wir den begonnenen Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gehen können. Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan unerlässlich, den die Bundesregierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorlegt. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Wir sind überzeugt, dass wir diese umfassende Lageanalyse auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigen. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement können wir nur so weit reduzieren, wie die Afghanen die Lage in ihrem Land tatsächlich kontrollieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, den Übergabeprozess erfolgreich umzusetzen.

4. Besserer Schutz vor Kostenfallen im Internet

Verbraucher werden im Internet häufig Opfer von Kosten- bzw. Abofallen. Unseriöse Unternehmen verschleiern durch die unklare oder irreführende Gestaltung ihrer Internetseiten bewusst, dass ihre Leistung etwas kostet. Produkte werden dort als „gratis“ angepriesen, während im Kleingedruckten horrenden Preise versteckt sind. Dies wird zukünftig unterbunden werden. Unternehmen im elektronischen Geschäftsverkehr müssen zukünftig klar, verständlich und unmittelbar vor Abgabe der Bestellung über den Gesamtpreis einer Ware oder Dienstleistung informieren. Ein Vertrag kommt nur zustande, wenn der Verbraucher mit seiner Bestellung ausdrücklich bestätigt, dass er sich zu einer Zahlung verpflichtet. Sofern die Bestellung über eine Schaltfläche erfolgt, muss die Beschriftung dieser Schaltfläche unmissverständlich auf die Zahlungspflicht hinweisen. Unseriösen Unternehmen, die durch unklare oder irreführende Gestaltung ihrer Internetseiten bewusst verschleiern, dass ihre Leistung etwas kostet, wird damit das Handwerk gelegt.

5. Caesar freut sich über Eröffnung der Ortsumgehung Langenholzhausen

Nach 38-monatiger Bauzeit wird die Ortsumgehung Langenholzhausen eröffnet. Die Freigabe ist noch vor Weihnachten geplant. „Ich freue mich, dass ein lange gehegter Wunsch der Kalletaler und vieler Lipper nun endlich in Erfüllung geht“, zeigt sich Cajus Caesar begeistert. Seit dem Spatenstich am 22. Oktober 2008 wurden 2,3 km Straße gebaut. „Die eingesetzten Mittel von etwa 6,8 Mio € sind eine gute Investition für die Bürger“, so Caesar. Die Belastung, vor allem für die Menschen in Langenholzhausen, kann durch den Straßenbau drastisch gesenkt werden. „Natürlich freue ich mich als heimischer Abgeordneter, dass die Strecke noch in diesem Jahr eröffnet wird. Sie bedeutet eine enorme Entlastung für die Anwohner sowie einen großen Vorteil für die Verkehrsteilnehmer in der Region“, so Caesar. „Es waren viele Gespräche, Initiativen und Beschlüsse erforderlich, um die finanziellen Mittel für die Region bereit gestellt zu bekommen. Der Einsatz hat sich gelohnt.“

6. Caesar: Nordwestumgehung Lemgo ist wichtiger Lückenschluss

Der Nordwestumgehung Lemgo wurde seitens der Bundesregierung grünes Licht gegeben. Diese gute Nachricht erhielt Cajus Caesar direkt aus dem Bundesverkehrsministerium. „Nun ist die Landesregierung in der Pflicht“, so Caesar. „Die Nordwestumgehung Lemgo wäre eine große Entlastung für die Bürger der Region und ist vor allem bedeutend für Lemgo und seine Bewohner. Die Belastungen durch Lärm, Schmutz und Staub könnten durch den Straßenbau drastisch gesenkt werden.“ Für die Autofahrer aus Lippe zum A2-Anschluss Rinteln/Bad Eilsen schließt sich außerdem eine wichtige Lücke. Das Bundesverkehrsministerium hat Caesar darüber informiert, dass die Ortsumgehung Lemgo im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen im vordringlichen Bedarf ausgewiesen ist. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat eine Priorisierungsliste ihrer vordringlichen Planungen aufgelegt. Danach ist vorgesehen, dass das Land „nach Abschluss der Planungsstufe“ über die Priorität der Maßnahme entscheiden werde. Nach Auskunft des Landes gegenüber dem Bundesverkehrsministerium ist die Planung der Bundesstraße B 238 abgeschlossen und befindet sich auf dem Genehmigungsweg. Voraussichtlich Anfang 2012 soll eine Entscheidung fallen.

„Heiterkeit und Freudigkeit ist der Himmel
unter dem alles gedeiht.“

(Jean Paul)

Ein gesegnetes Weihnachtsfest,
ein glückliches, gesundes neues Jahr
mit schönen Aussichten
und
alles erdenklich Gute!



Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Cajus Caesar in blue ink.

Ihr Cajus Caesar